

4. Militär

Geschichte, Struktur, Aufbau

Nach der Beendigung des Genozids und der formalen Machtübernahme wurden noch 1994 die RPF-Truppen offiziell zur nationalen Armee Ruandas ernannt. Die Armee des alten Regimes, die FAR (Forces Armées Du Rwanda), war zu großen Teilen desertiert oder über die Zone Tourquoise abgezogen bzw. mit anderen Flüchtlingsströmen in die Nachbarländer ausgewichen.

Auch wenn ca. zwei Drittel der in Ruanda verbliebenen FAR-Truppen später gemäß dem Arusha-Abkommen in die RPA eingegliedert wurden, blieb die RPF der identitäts- und strukturbildende Kern der neuen Armee. D.h. die höheren Offiziersränge setzten sich auch 2000 noch fast ausschließlich aus Kämpfern der in Uganda gegründeten RPF Uganda zusammen und bestand damit zumeist aus im Krieg 1990-1994 geschulten Tutsi, die ihren Auftrag und ihr Selbstverständnis aus den Erfahrungen der Jahre im Exil und aus dem Genozid ableiteten.

Die Wiedereingliederung der ex-FAR Soldaten erfolgte nach einer Selektion von Truppenteilen, die als Organisatoren oder maßgeblich beteiligt wurden. Die restlichen Truppen wurden als unschuldig und in den sog. „solidarity camps“ in ca. dreimonatigen Umerziehungslagern auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet. In den solidarity camps wurde die Position der neuen politischen Vertreter zur Verhandlung sofort entlassen oder als Genozidäre inhaftiert. Die Soldaten wurden nach ihrer persönlichen und persönlichen Perspektiven für die Soldaten in feindlichen Truppen in die Reihen der RPA ohne größere Reibungen.

Die Teile der ex-FAR aber, die nicht nach Ruanda zurückgekehrt waren sondern sich im Kongo zu Rebellengruppen formiert hatten und mit den Interahamwe zusammen auf einen Sturz des neuen Systems in Kigali hinarbeiteten, stellen noch immer eine starke Bedrohung für die innere Sicherheit in Ruanda dar. ²

¹ Siehe Kap. Solidarity Camps

² Kühne, Winrich/Baumann, Katja (Hg.): Rebel movements in central and eastern Africa, Ebenhausen 1999

Militärausgaben

Nach Angaben der Weltbank gab Ruanda 1998 ca. 23,2 % seines Staatshaushaltes für Sicherheitsaufgaben aus.³ Seit dem Engagement im Kongo dürfte der wahre Anteil jedoch eher noch höher liegen. Zum Jahreswechsel 1999/2000 richtete die ruandische Regierung sogar einen Spendenfonds zur Unterstützung der Sicherheitskräfte in Ruanda ein, für den die gesamte Bevölkerung, besonders aber Geschäftsleute zu hohen Beiträgen gebeten wurden. Jeder ruandische Familienvorstand wurde am Arbeitsplatz oder durch den *nyumba kumi*, den Chef der kleinsten Verwaltungseinheit, zu einer Spende in Höhe eines Monatseinkommens der Familie aufgefordert. Selbst ausländische MitarbeiterInnen internationaler Organisationen sollten die Spenden einbringen. An den zentralen Busbahnhöfen wurden „Papierscheine“ verkauft, ohne die die Benutzung der Busse verweigert wurde. Die Verweigerung wurde mit deutlichen Sanktionen im sozialen Umfeld bestraft. Auch für 2001 wurde wieder eine „freiwillige“ Militärabgabe angekündigt, die die Bevölkerung schwer belastete.

Dennoch hat bisher keine internationale Organisation oder gar Regierung ihre Kooperation mit Ruanda aufgekündigt. Die Niederlande haben Ruanda sogar Priorität in der EZ eingeräumt und es auf diese sehr begrenzte Liste von nur 22 geförderten Staaten gesetzt. Die internationale Gemeinschaft scheint also Ruandas Argumentation zu akzeptieren, dass mit der Invasion im Kongo allein Sicherheitsinteressen vertreten würden, bei der die Bekämpfung der *Interahamwe* und *FAR* im Vordergrund stehe.

Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das Selbstverständnis der RPA in der Gesellschaft stützt sich auf zwei Grundlagen: Einerseits die Sozialisation der Armeeführung als *Tutsi imuganda* und deren Erfahrungen im Genozid, andererseits auf die außenpolitische Situation Ruandas. Der Krieg im Kongo hat verdeutlicht, dass sich die militärische Führung nicht nur als Sicherheitsgarant für die innere Stabilität in Ruanda verfolgt, sondern auch weitergehende Ziele innerhalb der ruandischen Gesellschaft hat. Die Zugehörigkeit zur RPF als Zutrittsvoraussetzung zur Machtelite im Land manifestiert. Die Kämpfer der RPF-Offensive 1990-94 halten immernoch die Schlüsselpositionen in der politischen Führung inne und stellen die *in-group* der Macht um Paul Kagame.

Daraus resultierte eine fundamentale militärische Präsenz in der neuen ruandischen Gesellschaft. Dem Sicherheitsgedanken hatten sich spätestens nach Beginn der Überfälle auf Sied-

³ World Bank (Hg.): 1999 Development Indicators

lungen im Nordwesten 1996 alle anderen Interessend wurde zum Garanten der Verteidigung gegen die Invas hamwe und damit zur zentralen Institution in der Ge nach der Bewältigung der akuten Bedrohung beibehalt Garant seiner Macht in Ruanda und seiner expansioni scher, der mit der Furcht vor der Hutu-Mehrheit und ländlichen Bevölkerung, die im Zweifelsfall mit den ugandischen Exil aufgewachsen ist, hat er seine Arm staatlichen Souveränität interpretiert.⁵ Seine Jahre als Verteidigungsminister haben sein V er- ständnis von Staatsführung mit militärischen Mittel nnoch vertieft, und auch wenn er jetzt als Staatspräsident keinen militärischen Rang mehr bekl eidet, ist seine Denk- und Handlungswei- se doch stark von militaristischen Paradigmen geprä gt.⁶ Die starke wirtschaftliche Macht, die die Armee im Land repräsentiert, trägt zusätzlich d azu bei, dass ein militärisch orientiertes Denke in Ruanda die „Leitkultur“ prägt.

Demobilisierung

Schon in Friedensverhandlungen in Arusha wurde über die Integration von RPA und FAR Truppen zu einer gemeinsamen Armee verhandelt, und im Vertrag war auch die Demobilisie- rung großer Truppenteile vorgesehen. Damit sollte e ine kleinere, leistungsfähigere Armee geschaffen werden, die den Haushalt weniger belaste te.

Das MINADEF hat nach 1994 diese Vorgaben weitgehend eingehalten und sich auf eine zu erreichende Truppengröße von 19000 festgelegt, der Rest der Truppen sollte in die Zivilge- sellschaft reintegriert werden. Zur Organisation de s Demobilisierungsprogrammes wurde *die Rwanda Demobilisation and Reintegration Commission* im Büro des Vizepräsidenten und Verteidigungsminister eingesetzt.

1994 begann die Entlassung von insgesamt 2850 Kinde rsoldaten, die durch ein spezielles Nachsorgeprogramm von UNICEF betreut wurden.⁷ 1996 wurden in Phase I der Demobilisie- rung 5050 Offiziere und SoldatInnen aus der Armee entlassen, wobei versucht wurde, soziale Härtefälle zu vermeiden. Dabei wurden vor allem ält ere, nicht mehr wehrtaugliche SoldatIn- nen, unter ihnen 829 OffizierInnen demobilisiert, d avon 2% Frauen. Sie wurden zurück in ihre Heimatgemeinden transportiert und erhielten dr ei „transition safety net allowances“ im

⁴Süddeutsche Zeitung: Schritt für Schritt aus der Apokalypse, Ruanda fünf Jahre nach dem Völkermord, 1.4.1999

⁵Strizek, a.a.O., S. 162ff

⁶Misser, Francois: Vers un nouveau Rwanda? Entretien avec Paul Kagame, Paris 1995

⁷Browne, Stephen (Hg.): Les Nations Unies au Rwanda, Kigali/New York 1999, S. 27f

Abstand von jeweils ca. 12 Monaten sowie Zugang zu Krediten unter verbesserten Bedingungen durch die Banque Commerciale du Rwanda, die durch Beratung für Unternehmensgründer ergänzt wurde.⁸

In Kigali, Kanombe, Rwamagana und Kibungu wurden die VeteranInnen bei der Reintegration unterstützt und zu Beginn auch Hilfe mit Lebensmitteln (von WFP/PAM) und den wichtigsten Versorgungsgütern anbieten können. In Butare erhielten einige im *Veterans Vocational Training Centre* eine berufliche Fortbildung. Für kriegsversehrte VeteranInnen sollte ein spezielles Unterstützungszentrum eingerichtet werden. In Phase II der Demobilisierung wurden im Dezember 1998 weitere 3639 SoldatInnen, darunter 1092 Offiziere, entlassen. In Phase III sollen bis Ende 2000 bis zu 11000 weitere Militärs demobilisiert und in ihren Heimatgemeinden reintegriert werden.⁹

Dadie Veteran Field Offices pro Präfektur für bis zu 2000 VeteranInnen Versorgungsleistungen stellen sollten, ohne mit den Entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet zu sein, war die tatsächliche Unterstützung für die einzelnen ehemaligen SoldatInnen zu meist verschwindend gering, und der Zugang zu Aufbauhilfe in Form von Krediten auch nur marginal.

Die Gefahr, dass VeteranInnen, die in ihren Heimatgemeinden nicht wieder in die sozialen und ökonomischen Strukturen eingebunden werden können, sich auf ihre einzige Ausbildung, das Kriegshandwerk, zurückziehen und sich als lokale Warlords in Rebellengruppen organisieren, ist aus vielen anderen afrikanischen Ländern hinlänglich bekannt. Um eine bessere Unterstützung für die SoldatInnen zu gewährleisten und damit ihren Verbleib innerhalb der Gesellschaft zu sichern hat UNDP zusammen mit einer Anzahl von anderen Gebern (Niederlande, GB, Schweiz, Schweden, Österreich und die EU) ein Hilfsprogramm eingeleitet, bei dem insgesamt 5,5 Mio. US\$ zur Verfügung gestellt wurden.

Fazit:

Die Bedrohung durch die ex-FAR und Interahamwe im Kongo und in Burundi hat die Grundlage geschaffen für die strukturelle Militarisierung der ruandischen Gesellschaft. Die Knotenpunkte der Macht sind militärisch dominiert, und die Bevölkerung wird in vielfacher Hinsicht (Militär als wichtigster Arbeitgeber, Besteuerung, „freiwillige“ Sicherheitsspende, Prioritäten im Staatshaushalt, „freiwillige“ Wachschutzaufgaben) in das militärische System mit eingebunden.

⁸ebda

⁹ebda

Die Bedrohung durch die Interahamwe und die FAR hat dazu beigetragen, dass die Legitimierung hoher Militärausgaben gegenüber der Bevölkerung wie auch gegenüber den internationalen Gebern weiterhingelang. Die ruandische Führung konnte ihre expansionistischen Ziele im Kongo unter dem Deckmantel der Sicherung des Grenzgebietes betreiben und zu diesem Zwecke erhebliche Summen aus der heimischen Ökonomie und aus dem staatlichen Etat mobilisieren, die damit der Entwicklung im eigenen Land verloren gingen.